

Wo liegen die Missstände der heutigen Wohnungspolitik?

Mit „Bauen auf Teufel komm raus“ wird in Freiburg ein Mehr an Wohnraum, aber entgegen landläufiger Meinung kein Mehr an bezahlbarem Wohnraum geschaffen. Es entsteht im Gegenteil eher hochpreisiger Wohnraum und vermehrt Luxuswohnraum.

Hinzu kommt, dass der aktuell noch vorhandene bezahlbare Wohnraum zunehmend durch Abriss oder Modernisierung vernichtet und durch teuren Wohnraum ersetzt wird. Nach einer

Stadtbereich von Freiburg zunehmend unerschwinglich machen.

Dieser Effekt ist unter dem Namen „Verdrängung“ oder „Gentrifizierung“ bekannt und führt dazu, dass die soziale Durchmischung der Städte und Stadtteile verloren geht und tendenziell nur noch wohlhabende Menschen in den Städten leben können.

Je schneller eine Stadt wächst, umso interessanter wird sie für Kapitalanleger und Bauträger, die lukrative Bauprojekte mit sicheren und langfristig steigen-

KEINE BAUPOLITIK FÜR SPEKULANTEN SONDERN FÜR DEN TATSÄCHLICHEN BEDARF DER BÜRGER

- Wir begleiten die Baupolitik der Stadt **konstruktiv, aber kritisch** und sachorientiert.
- Nicht nur wir, sondern viele Experten sprechen von der **Gefahr einer Immobilienblase** und einem Bauen am tatsächlichen Bedarf vorbei.
- Der **Perspektivplan** wird als Alibi-Stadtplanung missbraucht zum Nutzen von Investoren und Spekulanten.



- Wir treten für den **Erhalt von Kleingärten und Grünflächen** im Stadtgebiet ein sowie für den Erhalt und die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums.
- Wir verlangen, dass **Einwände und Anfragen der Bürger** von der Stadt ernst genommen werden und ihnen nicht sofort pauschal Eigeninteressen unterstellt werden.

FÜR EINE SACHORIENTIERTE UND BÜRGERNAHE POLITIK

Wir nehmen den Beteiligungshaushalt ernst

Wenn man den Beteiligungshaushalt wirklich ernst nimmt, bedeutet dies viel Arbeit und ist zeitintensiv. Es gilt, die Eingaben von Bürgern, Gruppen, Vereinen und Organisationen entgegen zu nehmen, sich im Einzelnen erklären zu lassen, zu prüfen, zu formulieren und in den Haushalt aufzunehmen. Dies geht für eine kleine Fraktion, was den Arbeitsaufwand betrifft, an die Grenzen dessen, was man leisten kann. Es ist aber notwendig, wenn man Bürgerbeteiligung und die Anliegen der Bürger, Gruppen oder Vereine ernst nimmt - auch wenn es viel Arbeit macht.

Man kann es sich aber natürlich auch sehr einfach machen und sich die ganze Arbeit schenken, so wie das die CDU-Fraktion getan hat. In einer Presserklärung schreibt sie allen Ernstes, man wolle auf Anträge verzichten und auch keine anderen Anträge unterstützen. Den Haushalt wolle man unverändert in der von der Verwaltung vorgelegten Form durchwinken. Im Klartext heißt das: Man kann sich jedes bürgerschaftliche Engagement um einen „Beteiligungshaushalt“ sparen. Letztlich heißt das dann aber auch: Man will sich gar nicht anhören, was die Bürger für Sorgen und Anliegen an IHREN Haushalt haben. Denn schließlich bezahlen sie, die Bürger, ihn ja mit ihren Steuergeldern. Da könnte man natürlich fragen: Wozu braucht es einen Gemeinderat, wenn man nur die Verwaltungsvorschläge 1:1 umsetzen will? Die Haushaltslage sei angespannt, sagt die

CDU-Fraktion - zu Recht. Dass sie aber einerseits sozialen Organisationen, die sich um Flüchtlinge, Kinder, Bedürftige und andere wichtige kulturelle oder sportliche Sozialarbeit kümmern möchten, jeweils ein paar tausend Euro Unterstützung verweigert, auf der anderen Seite im städtischen Haushalt aber einer Belastung von vielen Millionen Euro für das neue SC-Stadion zustimmt, das macht deutlich, wo die Prioritäten dieser Fraktion liegen und welche Wertschätzung sozialen und kulturellen Projekten entgegengebracht wird.

Das ist zu einfach. Man könnte ja z. B. auch innerhalb des Haushalts umschichten. Weg

von prestigeträchtigen, aber auf Jahre hinaus belastenden Großprojekten, wie einem Stadion für das Wirtschaftsunternehmen Profifußball-Verein, hin zu sozial wichtiger Arbeit für kleinere Vereine und ehrenamtlich engagierte Bürgervereine und andere Gruppen. Dass man das nicht tun möchte, zeugt mehr von Unwillen, sich mit den wirklichen Problemen der Stadt auseinanderzusetzen als von verantwortungsvoller und weitsichtiger Kommunalpolitik.

Die Fraktion FL/FF setzt sich mit Nachdruck für eine ausgewogene Förderung von Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ein.



Freiburg Lebenswert ist gegen den Abriss von günstigem Wohnraum in Altbauten zugunsten teurer Neubauten: Hier der Innenhof eines der Gebäudekomplexe im Klinikviertel, die abgerissen wurden und nun durch teure Neubauten ersetzt werden. Foto: N. Armbruster

Modernisierung müssen viele Mieter ihre Wohnung verlassen, weil sie die erhöhten Mieten nicht mehr zahlen können.

Beide Tendenzen, also die hohen Mieten aufgrund hoher Neubaukosten und die Vernichtung bezahlbaren Wohnraums durch Abriss oder Modernisierung, führen dazu, dass weniger einkommensstarke Bevölkerungsschichten sowie inzwischen auch durchschnittlich verdienende Familien sich die Stadtlage in Freiburg nicht mehr leisten können und in das Umland der Stadt ziehen müssen. Dieser durch Neubau oder Modernisierung entstehende hohe Quadratmeterpreis schafft wirtschaftliche Mauern, die für viele ein Leben im

den Mieterträgen suchen. Die Folge ist, dass die Mieten umso stärker steigen, je schneller eine Stadt wächst.

Der Bau eines neuen Stadtteils ist aus den beschriebenen Gründen keine Lösung für die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums. So gehören die ehemals neuen Stadtteile Vauban und Rieselfeld laut Mietspiegel heute zu den teuersten Stadtteilen in Freiburg, teurer als die Stadtteile Wiehre oder Herdern. Im Übrigen würde der neue Stadtteil aufgrund der immens langen Vorlaufzeiten eines solchen Großprojektes erst dann zur Verfügung stehen, wenn er aufgrund der absehbaren demographischen Entwicklung kaum noch benötigt wird.

